



SPD
Fraktion im
Bundestag

SPD-Bundestagsfraktion, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An die Mitglieder
und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der SPD-Bundestagsfraktion

- Im Hause -

Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Postanschrift:
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Büroanschrift:
Jakob-Kaiser-Haus - Raum 4.231
Wilhelmstrasse 68, 10117 Berlin

T +49 (0)30 227 73731
E matthias.miersch@bundestag.de
vorzimmer.fv@spdfraktion.de

www.spdfraktion.de

Berlin, zum 01.05.2026

Ein Jahr Schwarz-Rote Koalition



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich schreibe euch am 1. Mai – dem Tag der Arbeit. Seit über 130 Jahren steht dieser Tag für den Kampf um soziale Gerechtigkeit, um faire Löhne, um gute Arbeitsbedingungen, um Würde und Respekt. Jede Generation hat auf ihre Weise Fortschritt erstritten – weil Menschen zusammengehalten haben, weil sie nicht aufgegeben haben, weil sie verstanden haben, dass Veränderung nur zusammen gelingt.

Vor einem Jahr, am 6. Mai 2025, haben wir in dieser Regierung die Arbeit aufgenommen. Ein Jahr intensiver Arbeit liegt hinter uns – mit Erfolgen, die sich sehen lassen können, aber auch mit Momenten, in denen wir alle gespürt haben, wieviel uns diese Koalition abverlangt. Nach einem Jahr lässt sich sagen: Der Druck, unter dem wir alle stehen, ist gewaltig. Viele von Euch decken zwei, drei, oder sogar vier Ausschüsse ab.

Ich möchte mich bei Euch bedanken: für Euren Einsatz, Eure Ausdauer, Euer Herzblut!

Wir sind diese Koalition eingegangen, weil wir eine große Chance gesehen haben. Die Chance, dass zwei große Volksparteien gemeinsam die Kraft aufbringen, die Schritte zu gehen, die unser Land jetzt braucht.

Wir sind diese Koalition auch eingegangen, weil wir überzeugt sind – genauso wie CDU und CSU –, dass eine Regierung aus der



demokratischen Mitte einer Regierung mit Radikalen immer vorzuziehen ist. Wir wussten um die Schwierigkeiten. Wir kannten sie aus den letzten großen Koalitionen. Und wir wussten: Die Union hat aus ihrer Oppositionszeit andere Schlüsse gezogen als wir, die regiert haben.

Für mich ist diese Chance – und die Verantwortung, sie zu nutzen – der Grund, warum ich trotz aller Widrigkeiten glaube, dass diese Koalition erfolgreich sein kann.

Das 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität, die faire Bezahlung des Staates bei öffentlichen Aufträgen durch das Bundestariftreuegesetz und die Sportmilliarde für die dringend notwendige Modernisierung von Sportanlagen sind der konkrete Beweis dafür, dass wir Veränderungen beschließen können, die das Land über Jahrzehnte hinweg positiv verändern. Die Verhandlungen rund um das Gemeinsame Europäische Asylsystem, die neue Grundsicherung, den neuen Wehrdienst und das Gebäudemodernisierungsgesetz sind Beispiele dafür, wie wir bei großen kontroversen gesellschaftlichen Kernfragen aus der Mitte heraus Kompromisse gefunden haben, die uns gemeinsam kaum jemand zuge-
traut hat.

Auch unser Umgang mit den globalen Krisen, unsere klare Solidarität mit der Ukraine sowie unser Engagement für Frieden weltweit machen deutlich, dass wir als Regierung maßgeblich dazu beitragen, Deutschland als verlässlichen Partner in der internationalen Gemeinschaft zu stärken.

Das ist aber leider nicht der Eindruck, der von diesem Jahr bei vielen Bürgerinnen und Bürgern hängen geblieben ist. Streit nicht der Sache wegen hat leider viel zu oft den Diskurs bestimmt. Damit verlieren wir den Vertrauensvorschuss, den diese Regierung bekommen hat. Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger sind klar: Sie erwarten Verbesserungen. Beim Sozialstaat. Beim Gesundheitssystem. Bei Bildung und Wirtschaft. Bei einem gerechten Staat mit fairer Lastenverteilung. Unsere Mitglieder haben das verstanden: Trotz notwendiger Kompromisse haben über 80 Prozent dem Koalitionsvertrag zugestimmt. Das muss unser klarer Auftrag bleiben.

Gleichzeitig müssen wir unsere Identität als Partei in einer solchen Koalition immer wahren. Neben den zahlreichen wichtigen Projekten, die wir in dieser Koalition schon umgesetzt haben, haben wir deshalb auch Vorschläge gemacht und Debatten angestoßen: bei Themen wie einem modernen Bleiberecht, einer fairen Erbschaftssteuer, neuen Regeln für Social-Media-Plattformen und zuletzt einer Übergewinnsteuer auf Krisengewinne der Mineralölkonzerne.



Diese Momente haben uns Kraft und Sichtbarkeit in dieser Koalition gegeben. Nicht, weil wir uns auf Kosten anderer politischer Kräfte profiliert haben, sondern, weil es Vorschläge waren, die zeigen: Wenn es nach der Sozialdemokratie ginge, würden wir die Kraft der beiden Volksparteien für große Veränderungen, die dieses Land zusammenhalten und gerechter machen, nutzen.

Die kommenden Wochen und Monate werden eine weitere Bewährungsprobe für unser Land sein. Wir werden sehr große Reformvorhaben verhandeln, die Veränderungen für alle von uns bedeuten werden. Gleichzeitig bahnen sich weitere Krisen in der Weltwirtschaft an, die schon bald weitreichende Konsequenzen im Alltag von uns allen haben könnten. Unsere Politik wird so stark wie selten konkret im täglichen Leben gespürt und diskutiert werden. Als Koalition muss unser klares Ziel sein: Handlungsfähigkeit in der Krisenbewältigung und Gestaltungskraft in den Zukunftsfragen der Wirtschaft und des gerechten Sozialstaats.

Bei der Jahresauftaktklausur haben wir unser Zielbild definiert: **Zusammen ist unsere Stärke**. Jetzt geht es darum, diese Leitlinie in den nächsten Monaten konkret werden zu lassen. Drei Überzeugungen sollten uns dabei leiten:

1. Ein starker Sozialstaat hält uns zusammen.

Wenn die Wirtschaft schwächelt, steigen die Ausgaben im Sozialstaat zwangsläufig. Genau dafür ist er da: Menschen auffangen, Sicherheit geben, Stabilität schaffen. Wer in Krisenzeiten auf Unterstützung verzichtet, um künstlich höheren Reformdruck zu erzeugen, schafft ein Konjunkturprogramm für Radikale. Wir wollen Reformen und sind bereit. Wir wollen sie aber daran messen, ob sie den Sozialstaat langfristig gerecht, leistungsfähig und tragfähig machen und damit Zusammenhalt schaffen; nicht daran, ob sie kurzfristig Kosten sparen. Die Menschen wollen das auch. Die aktuellen Zahlen aus dem Sozialstaatsradar zeigen: Der Wunsch nach einem starken Sozialstaat ist größer denn je – wenn er funktioniert.

2. Gerechtigkeit hält uns zusammen.

Ein Grund für das Erstarken von Radikalen auf Kosten der politischen Mitte ist, dass immer mehr Menschen das Gefühl haben: Die Regeln gelten nicht mehr für alle gleich. Wenige profitieren vom Wachstum oder sogar von Krisen, während viele Familien stärker belastet sind. Diese Schieflage zu beseitigen ist unser Auftrag, wenn wir die Zukunftsfragen sozialer Sicherung, des Gesundheitssystems und der Wirtschaft diskutieren. Das wird



Kompromisse erfordern – auch für uns. Aber die Richtung muss stimmen: gerechte Lastenverteilung, nicht Umverteilung nach oben. Die strikte Blockadehaltung der Union bei der stärkeren Beteiligung hoher Einkommen und Vermögen am Gemeinwohl ist keine angemessene Antwort in der heutigen Zeit.

3. Fortschritt geht nur zusammen.

In dieser Regierung geht es nur zusammen. Wir haben weitere drei Jahre, dieses Land zu gestalten. Das wird nur mit Kompromissen gehen. Wer bei der Rente am Ende zustimmt, sollte vorher nicht wochenlang öffentlich dagegen sein. Wer die neue Grundsicherung am Ende mitträgt, sollte sie nicht erst zerreden. Das zeigt keine Stärke, das kostet nur Vertrauen. Und es spielt denen in die Hände, die wollen, dass wir scheitern. Die meisten Leute wollen keinen Rückzug des Staates. Sie wollen, dass er funktioniert. Genau das Gegenteil wollen Radikale und Lobbyisten der Superreichen: den Sozialstaat schreddern, den Staat zurückdrängen. Wenn wir uns gegenseitig blockieren oder öffentlich zerreden, was wir beschließen, liefern wir ihnen die Argumente. Dann wächst die Frustration, dann wachsen die Pole. Kompromisse erfordern Mut und einen geraden Rücken. Wer sie mit Überzeugung vertritt, zeigt Stärke.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der 1. Mai steht für zwei Dinge zugleich: Kampf für Gerechtigkeit – und Zusammenhalt untereinander, um diesen Kampf zu gewinnen. Deshalb werden wir den Vorschlag, diesen Feiertag abzuschaffen, auch weiterhin strikt ablehnen. Fortschritt wurde nie geschenkt, er wurde erkämpft. Für uns heute heißt das: Wir kämpfen für gute Arbeit, eine florierende Wirtschaft mit einem starken Sozialstaat, für gerechte Lastenverteilung, für ein Land, das zusammenhält. Und wir halten als Fraktion zusammen, um das durchzusetzen, auch wenn es Kompromisse bedeutet. Kompromisse mit Überzeugung zu vertreten, braucht Mut. Zeigen wir ihn – zusammen.

Solidarische Grüße!

Euer

Matthias Miersch